

## **„Der Staat hat zu viele Aufgaben“**

Hans-Adam II. Liechtensteins Fürst möchte den Staat besser und billiger machen – durch Dezentralisierung und direkte Demokratie.

Interview S.D. Fürst Hans-Adam II. von Liechtenstein mit  
Herrn Alexander Purger, Salzburger Nachrichten

23. Oktober 2010

---

*In seinem Buch „Der Staat im Dritten Jahrtausend“ fordert Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein einen völligen Umbau des Staates nach den Prinzipien der direkten Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden.*

*Durchlaucht, was war für Sie der Anlass, in einem Buch einen radikalen Umbau des heutigen westlichen Staates fordern?*

Fürst Hans-Adam: Der traditionelle Staat ist den Herausforderungen des Dritten Jahrtausends nicht mehr gewachsen. Er ist heute ein ineffizientes Monopolunternehmen mit schlechter Preis-Leistungsbilanz. Und er ist durch seinen Absolutheitsanspruch zu einer Gefahr für den Bürger geworden. Das heißt, der demokratische Rechtsstaat muss verbessert werden, um nicht von der Geschichte weggewischt zu werden, wie das ja im 20. Jahrhundert leider des Öfteren passiert ist.

*Was sehen Sie als die Schwachpunkte des Staates an?*

Der Staat hat zu viele Aufgaben übernommen, wodurch eine riesige Bürokratie entstanden ist, die zu ihrer Finanzierung zu hohe Steuern benötigt. Außerdem setzt der Staat zu stark auf Zentralismus statt auf Föderalismus. Und er stützt sich zu stark auf die indirekte statt auf die direkte Demokratie.

*Bleiben wir gleich beim letzten Punkt: Was ist schlecht an der indirekten, also der repräsentativen Demokratie?*

Die indirekte Demokratie führt immer zu einer Parteienherrschaft, zu einer Art Oligarchie, vergleichbar der alten Adelherrschaft. Diese Oligarchie muss, um Wahlen zu gewinnen, Stimmen kaufen. Und da sie selbst zu wenig Vermögen dazu hat, tut sie das mit Steuergeld. Sie erfindet immer neue Zuckerl, um an der Macht zu bleiben. Das heißt, dieses System mündet in sehr hohe Steuern, die gerade die Leistungsträger vergraulen.

*Und wie lautet ihr Gegenvorschlag dazu?*

Die direkte Demokratie, wie sie in der Schweiz und in Liechtenstein praktiziert wird: Prinzipiell jede Frage kann direkt vom Volk entschieden werden. Bei uns in Liechtenstein unterstehen alle Entscheidungen des Parlaments dem so genannten Referendum. Das heißt, der Fürst unterschreibt ein Gesetz erst dann, wenn das Volk darüber keine Volksabstimmung verlangt. Das Volk hat auch das Initiativrecht für neue Verfassungsbestimmungen und neue Gesetze, beispielsweise für Steuergesetze.

*Öffnet das nicht dem Populismus Tür und Tor?*

Deswegen haben wir eine Bremse eingebaut: das Vetorecht des Fürsten. Er kann sagen, dieses Gesetz ist zwar mit Mehrheit beschlossen worden, aber es ist ein Blödsinn, daher unterschreibe ich es nicht. Zum Beispiel, wenn es gilt, eine Minderheit vor einem populistischen Mehrheitsbeschluss zu schützen.

*Das riecht aber etwas nach Absolutismus.*

Nein, weil laut unserer Verfassung kann das Volk auch jederzeit eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Monarchie verlangen. Das ist aber bisher noch nicht geschehen. Unsere Familie kommt ja für die Kosten der Monarchie auch selbst auf

*Ihr zweites großes Anliegen ist der Föderalismus. Warum?*

Das Selbstbestimmungsrecht muss auf die kleinste Ebene, also die Gemeinde verlagert werden, weil der Bürger dort am meisten Kontrolle über die Verwendung seiner Steuergelder hat. Nehmen wir zum Beispiel die Sozialpolitik: Der Mensch ist von seiner Anlage her für das Zusammenleben in kleinen Gruppen konzipiert. Hier kommt ganz automatisch jene gegenseitige Hilfsbereitschaft zum Tragen, die der Sozialstaat durch aufwändigen Apparat und komplizierte Gesetze ersetzt hat. Daher muss die Sozialpolitik auf die Ebene der Gemeinden verlagert werden. Sie sind einfach näher dran an den Problemen und können sie ohne großen Apparat und komplizierte Gesetze lösen. Auch der Missbrauch wird durch die soziale Kontrolle in den kleinen Einheiten besser verhindert.

*Welche Aufgaben würden Sie noch alle auf die Ebene der Gemeinden verlagern?*

Ich sehe nur noch wenige, aber dafür wichtige Aufgaben für den Staat: Die Außenpolitik, dann die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates und die Finanzierung des Bildungswesens. Und die Verteidigungspolitik, worauf man in Zukunft aber vielleicht verzichten könnte, wenn wir wirklich zu einer Gemeinschaft befreundeter Staaten werden.

*Und alles übrige soll an die Gemeinden gehen?*

Ja, oder es soll an die Privatwirtschaft übertragen werden. Dem Staat müssen seine Monopole entwunden werden, auch das Monopol der Steuereinhebung. Die Steuerhoheit sollte zum Teil an die lokalen Verwaltungen abgetreten werden

*Würde das nicht zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Gemeinden führen?*

Liechtenstein und die Schweiz zeigen, dass das nicht der Fall ist. Wenn eine Gemeinde extrem niedrige Steuern hat, dafür aber einen schlechten Service bietet, wandern die Leute und die Unternehmen ab. Das heißt, das pendelt sich ein.

*Sie verlangen in Ihrem Buch sogar, dass die Gemeinden das Recht haben sollen, aus dem Staat auszutreten. Wo soll die Gemeinde denn dann hingehen?*

In Liechtenstein ist dieses Austrittsrecht durch die Verfassungsreform 2003 verwirklicht worden. Denn wenn ein Staat ein Monopol auf sein Territorium hat, kann kein Wettbewerb entstehen. Also kann eine Gemeinde, wenn der Staat eine schlechte Politik macht, sagen: „Ich trete aus, weil ich kann das selbst besser machen. Oder ich schließe mich der Schweiz oder Österreich an, das einen besseren Service bietet.“

*Die Idee klingt, mit Verlaub, aber doch etwas grotesk.*

Was ist die Alternative? Staaten kommen und gehen, das ist seit Jahrtausenden so. Wenn ineffiziente Staaten in einem friedlichen Wettbewerb untergehen, nach den Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates und neue entstehen, ist das meiner Meinung nach keine Katastrophe. Zur Katastrophe wird es erst, wenn diese Frage wie in der Vergangenheit mit der Waffe in der Hand auf dem Schlachtfeld entschieden wird anstatt mit dem Wahlzettel in der Hand an der Wahlurne. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird die Menschheit in Frieden und Freiheit leben können.